

Zuwanderung:

Daten – Fakten – Hintergründe

Bern, im Mai 2026



Fakten – Was will die Nachhaltigkeits-Initiative wirklich?

Seite 4



An diesem ungebremsen Wachstum zerbricht die Schweiz.

Seite 6–7



«Horrende Kosten» – Das kostet uns Steuerzahler der Asylmissbrauch effektiv.

Seite 8



«Wir haben ein Problem» – Das sagt Prof. Frank Urbaniok, forensischer Psychiater zur Ausländerkriminalität.

Seite 9



Pro Sekunde wird rund 1m² Land in der Schweiz zubetoniert. Wird der Boden überbaut, kann er nicht mehr atmen und kein Wasser aufnehmen. Der Boden stirbt. Wir verlieren die Natur als Lebens- und Erholungsraum.

In den letzten 12 Jahren hat die Bevölkerung in der Schweiz um 1 Million Menschen zugenommen. Aktuell kommen pro Jahr über 100'000 Personen zusätzlich in die Schweiz: aus der EU, aus Drittstaaten oder über das Asylsystem. Viele aus fremden, islamischen Kulturen. Viele wandern in unseren Sozialstaat ein. Meldungen über

Einbrüche, Gewaltverbrechen und Messerangriffe sind alltäglich geworden.

Lesen Sie in dieser Zeitung: **Warum wir jetzt ein Zeichen gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung setzen müssen.** Mit einem JA zur Nachhaltigkeits-Initiative!

Inhaltsverzeichnis

Zukunft Schweiz 2

Lebensqualität schwindet – wir bezahlen! 3

Bevölkerungswachstum 4

Zubetonierung der Schweiz 5

An diesem ungebremsten Wachstum zerbricht die Schweiz 6–7

Missbrauch Sozialsystem 8

Ausländerkriminalität 9

Wohnungsnot 10

Ausbildungskrise 11

Jetzt abstimmen..... 12

Meine Gedanken und Sorgen zur Zuwanderung

Liebe Schweizerinnen und Schweizer



Jedes Jahr kommen rund 100'000 Einwanderer in unser Land! Das sind mehr Personen, als in der Stadt Luzern leben! Das hält unser kleines Land nicht mehr länger aus. Setzen Sie daher jetzt ein Zeichen: «Keine 10-Millionen-Schweiz!» JA

Unsere wunderschöne Heimat wird im Rekordtempo zubetoniert. Wollen wir, dass das einfach so weitergeht?

In nur zwölf Jahren wurden eine Million Zuwanderer in unser kleines Land gestopft. Die Folgen spüren wir alle: Die Lebensqualität nimmt ab und die Kosten für Mieten, Krankenkasse und das ganze Leben explodieren.

Unsere Schweizer Werte und Kultur gehen verloren. Wir passen uns immer mehr an, statt umgekehrt.

In vielen Schulklassen werden keine Weihnachtslieder mehr gesungen. Die Kantonspolizei Zürich warnt vor Zugschubsern. Gefängnisse, öffentliche Kantinen, Schulen servieren kein Schweinefleisch mehr. Wollen wir das?

Wir sind Eltern von drei schulpflichtigen Kindern und sind sehr besorgt über ihre Zukunftschancen. In den Schulen sinkt das Niveau, obwohl die Bildung immer mehr kostet. Das Einzige, was zunimmt in den Schulen, ist die Gewaltbereitschaft. Die Schulen scheitern am Multikulti. Darunter leiden alle Kinder.

Ein paar wenige profitieren von der masslosen Zuwanderung. Aber wir alle bekommen die Rechnung serviert.

Die Unsicherheit nimmt rasant zu. Besonders die schweren Straftaten haben deutlich zugenommen. Vergewaltigungen haben sich seit 2020 verdoppelt!

Als Schweizerin und Schweizer fühlt man sich zunehmend fremd im eigenen Land.

« Unsere wunderschöne Heimat wird im Rekordtempo zubetoniert. Wollen wir, dass das einfach so weitergeht? »

So weiter wie bisher, ist keine Option. Die Massenzuwanderung muss gebremst werden. Mit einem Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».



Marcel Dettling
Nationalrat, Präsident SVP Schweiz und Landwirt, Oberiberg (SZ)



Impressum:

Zuwanderung: Daten – Fakten – Hintergründe ist eine Publikation der IG Nachhaltigkeits-Initiative | info@nachhaltigkeitsinitiative.ch | www.nachhaltigkeitsinitiative.ch | Auflage: 2'543'316 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.parlament.ch, SVP Schweiz, KI-generiert (S. 5) | Druckerei: CH Media Print AG, St.Gallen.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Lebensqualität schwindet – wir bezahlen!

Die Schweiz verändert sich rasant. Aber nicht zum Guten.



Sandra Sollberger
Malermeisterin und
Nationalrätin, Liestal (BL)



FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro warnt: «Kriminaltouristen und Geldwäscher kommen hierzulande straffrei davon.» Sie bringt es auf den Punkt: «Es gibt mehr Barbershops als Bärte.»

Unsere schöne Landschaft wird zubetoniert. Die Züge sind verstopft. Man steht stundenlang im Stau. Wir spüren alle, wie sich die Lebensqualität in der Schweiz verschlechtert.

Mir machen aber auch andere Entwicklungen Sorgen: Der Islam macht sich breit. Und wir in der Schweiz sollen uns anpassen? Das geht doch nicht.

In vielen Schweizer Gefängnissen gibt es gar kein Schweinefleisch mehr. Warum? Weil Muslime kein Schweinefleisch essen. Müssen wir jetzt Rücksicht nehmen auf Sonderwünsche von Kriminellen?

Unsere Weihnachtsmärkte und Faschachtsumzüge müssen mit speziellen Betonklötzen geschützt werden. Überall machen sich Barber-Shops, Kebab-Stände und Shisha-Bars breit. Ist das jetzt Multikulti? Oder eher Geldwäsche?

Kopftücher für alle?

Muslimische Eltern wollen Spezialbehandlungen für ihre Mädchen. Zum Beispiel kein Schwimm-Unterricht.

Die linksgrüne Stadt Zürich geht noch weiter: Muslimische Jugendliche, die Ramadan machen, «können vom Unterricht befreit werden». Oder dürfen beim Sportunterricht «mehr Pausen machen und sich ausruhen». Die SP Schweiz ist dafür, dass Lehrerinnen Kopftücher tragen. Der türkische Staat

feiert die Wahl der SP-Kopftuch-Frau¹ Vera Çelik. Das Kopftuch steht für die Unterdrückung der Frau. Von Integration ist wenig spürbar.

Wir zahlen den Preis

Es hat bereits rund 150'000 Arbeitslose in der Schweiz. Die Hälfte sind Ausländer. Trotzdem holt man noch mehr

Ausländer ins Land. Wir zahlen.

Wegen der Zuwanderung müssen Milliarden Franken in den öV, in Schulhäuser, Strassen usw. investiert werden. Jedes Jahr. Wir zahlen.

Es ist verrückt: Wir leiden an den Folgen der masslosen Zuwanderung und müssen dafür auch noch bezahlen!

So kann es nicht weitergehen.

Vertreter der Mitte-Partei haben erkannt, dass es so nicht weitergehen kann:

Die Zuwanderung muss auf ein gesundes Mass reduziert werden.

Der Appenzeller Ständerat **Daniel Fässler** brachte einen Gegenvorschlag ein, der aber von der Mehrheit im Ständerat abgelehnt wurde. Darauf stimmten Daniel Fässler und seine Urner Ständeratskollegin **Heidi Z'graggen** für die Nachhaltigkeits-Initiative. Fünf weitere Ständerätinnen und Ständeräte der Mitte-Partei enthielten sich der Stimme: **Erich Ettl**in (OW), **Andrea Gmür** (LU), **Peter Hegglin** (ZG), **Fabio Regazzi** (TI) und **Beat Rieder** (VS). Sie sympathisieren mit dem

Anliegen der Initiative, wollen sich aber nicht exponieren. Auch im Nationalrat enthielten sich 6 Mitte-Parlamentarier und zeigten damit ihre Sympathien für die Nachhaltigkeits-Initiative: **Dominik Blunschy** (SZ), **Martin Candinas** (GR), **Regina Durrer** (NW), **Pius Kaufmann** (LU), **Markus Ritter** (SG), **Simon Stadler** (UR). Der Innerrhoder Nationalrat **Thomas Rechsteiner** stimmte für die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

¹ Politikerin mit Kopftuch: Türkischer Staat feiert Vera Çelik - Blick, 15.03.2026

Was will die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»?

- Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zum Schutz unserer Umwelt, der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung, der Bildungseinrichtungen, der Stromversorgung und der Sozialwerke.
- Die Nachhaltigkeits-Initiative sorgt für eine massvolle Zuwanderung. Die ständige Wohnbevölkerung darf vor 2050 die 10-Millionen-Grenze nicht überschreiten.
- Wenn 9,5 Millionen überschritten sind: **Massnahmen**, insbesondere im Asylbereich, beim **Familiennachzug** und bei «vorläufig Aufgenommenen» (Asylanten mit negativem Asylentscheid).
- Wenn der Grenzwert überschritten wird, **müssen wachstumstreibende Verträge** neu verhandelt werden. Schutzklauseln sind anzurufen!

« Die Nachhaltigkeits-Initiative sorgt für eine massvolle Zuwanderung: Die ständige Wohnbevölkerung darf vor 2050 die 10-Millionen-Grenze nicht überschreiten.

Das heisst: Es könnten immer noch rund 40'000 Personen und Fachkräfte pro Jahr einwandern. »



Thomas Aeschi
Nationalrat und
Unternehmer, Baar (ZG)

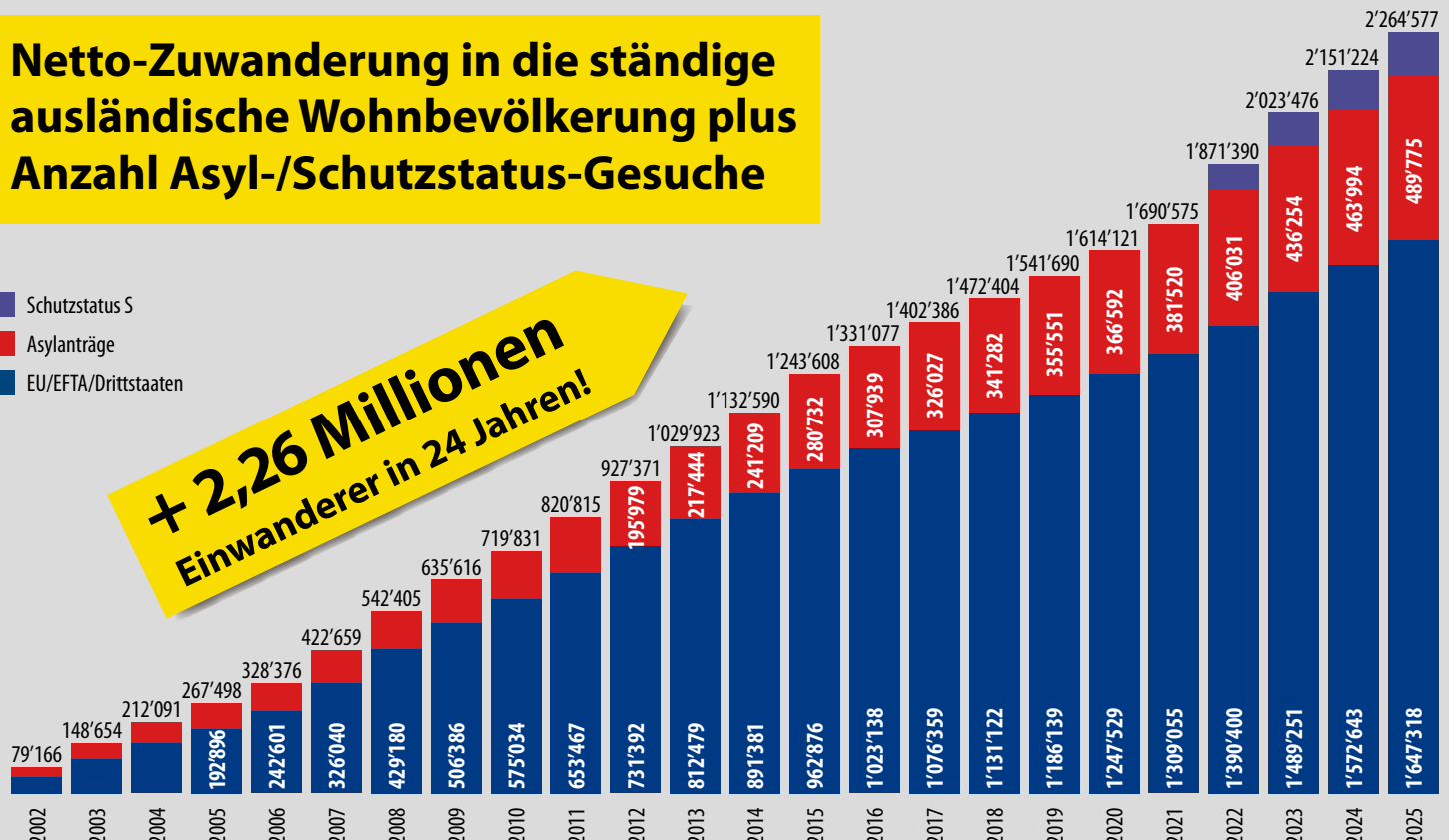
Lesen Sie hier den gesamten **Initiativtext:**

nachhaltigkeitsinitiative.ch/initiative

Netto-Zuwanderung in die ständige ausländische Wohnbevölkerung plus Anzahl Asyl-/Schutzstatus-Gesuche

- Schutzstatus S
- Asylanträge
- EU/EFTA/Drittstaaten

+ 2,26 Millionen Einwanderer in 24 Jahren!



Quelle: Staatssekretariat für Migration SEM

Die masslose Zuwanderung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 zeigt sich auch in der starken Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung. **Diese hat in den letzten 24 Jahren gemäss Bundesamt für Statistik von 7,25 Millionen um 1,9 Millionen auf ~9,15 Millionen Ende 2025 zugenommen.** Zur nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung zählen Personen im Asylprozess (Ausweise N, S und F) mit unter 12 Monaten Anwesenheitsdauer sowie Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung von unter 12 Monaten wie beispielsweise Studenten.

Alle zwei Tage wird ein Landwirtschaftsbetrieb wegbetoniert!

Aufgrund der masslosen Zuwanderung werden in der Schweiz täglich rund 8 Hektaren Landwirtschaftsfläche zubetoniert. Das zerstört nicht nur unsere schöne Natur, sondern auch unsere Lebensgrundlage. Bereits heute können wir im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren.



Jahr für Jahr kommen rund 100'000 Einwanderer zusätzlich in unser Land. Für diese müssen wir pro Jahr eine neue Stadt in der Grösse von St. Gallen bauen. Das hält unsere kleine Schweiz nicht länger aus!



Esther Friedli

Ständerätin und

Gastronomin, Ebnet-Kappel (SG)

Die Schweizer Bevölkerung wächst 16x schneller als jene von Deutschland. Seit 2014 hat die Schweiz um eine

tur wie Strassen, öV, Schulhäuser oder Spitäler. Das Resultat: unsere Natur wird komplett zubetoniert.

Laut dem Bundesamt für Statistik wuchs die Siedlungsfläche in der Schweiz allein zwischen 2009 und 2018 um 180,6 km² – damit wurde eine Fläche zubetoniert, die doppelt so gross ist wie der Zürichsee.

Und der Wahnsinn geht weiter: Pro Sekunde verschwindet ein Quadratmeter Grünfläche. Das sind rund 8 Hektaren pro Tag! Aber nicht nur unsere

« In den letzten 30 Jahren werden Jahr für Jahr pro Sekunde (!) rund ein 1 m² Grünfläche zubetoniert! »

Million Zuwanderer zugenommen und platzt heute schon aus allen Nähten. Trotzdem werden immer noch jährlich über 100'000 Zuwanderer zusätzlich in unser kleines Land gestopft. Sie alle brauchen Wohnungen und Infrastruk-

schöne Landschaft verschwindet. Auch unsere Lebensgrundlage: rund alle zwei Tage wird ein Landwirtschaftsbetrieb wegbetoniert. Die Ernährungssicherheit nimmt dramatisch ab. Gemäss Bundesverfassung ist der Hauptauftrag

der schweizerischen Landwirtschaft die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland?

Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will diese negative Entwicklung abbremsen. Deshalb am 14. Juni JA zur Nachhaltigkeits-Initiative!



Martin Haab

Präsident Zürcher Bauernverband und Nationalrat, Mettmenstetten (ZH)

« Der Zürcher Bauernverband hat einstimmig die Ja-Parole beschlossen, weil der Schutz der Landwirtschafts- und Biodiversitätsflächen entscheidend ist. Übernehmen wir heute Verantwortung, erhalten wir für die zukünftige Generation eine lebenswerte und selbstbestimmte Schweiz. »

Deshalb sagen die wichtigsten kantonalen Bauernverbände JA zur Nachhaltigkeits-Initiative.

Daran zerbricht

Jährlich kommen rund 100'000 zusätzliche
Die Folgebelastungen für Natur, Umwelt und

Strom

Zusätzlich pro Jahr

55 Gross-Windkraftanlagen
21% der Jahresproduktion
des KKW Beznau I



Verkehr

Zusätzlich pro Jahr

53'157 neue Personenwagen
34 SBB Lokomotiven und
Bahnwagen
75 neue (öV) Busse



Ab
Z
67'



Landwirtschaft

Verlust pro

Zubetonierung von
~1 m² pro Sekunde
den letzten 30 Jahre



Bildungswesen

Zusätzlich pro Jahr

114 Schulhäuser
595 Schulklassen
780 Vollzeit-Volksschullehrer

die Schweiz:

...che Einwanderer ins Land.
...Infrastruktur sind dramatisch!



Die Folgen der jährlichen Zuwanderung spüren wir alle täglich: Sinkende Lebensqualität, steigende Mieten, verstopfte Infrastruktur. Wir fühlen uns immer fremder im eigenen Land. Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» stoppt die steigende Belastung für unser Land.

Wir wachsen uns zu Tode

Wir befinden uns in einer Endlos-Spirale wie ein Hamster im Laufrad! Immer mehr Zuwanderung braucht immer mehr Wachstum. Das hält unser kleines Land nicht mehr länger aus: Immer mehr Zuwanderer brauchen immer mehr Wohnungen, Strassen, Schulen, Strom, Wasser, Abfallentsorgung, Lehrer, Ärzte, Pfleger. Die Folge?

Mittlerweile bauen Zuwanderer Wohnungen für Zuwanderer, Zuwanderer pflegen Zuwanderer, Zuwanderer unterrichten Zuwanderer... Wir alle spüren und wissen es: Das kann in der kleinen Schweiz nicht endlos so weitergehen!

Mit einem **JA** zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» stoppen wir diese Endlos-Wachstums-spirale. Denn bei einer Annahme können weiterhin jährlich rund 40'000 Einwanderer in die Schweiz kommen. Das ist ausreichend, um offene Fachstellen zu besetzen. Setzen wir also am 14. Juni ein Zeichen: Keine 10-Millionen-Schweiz JA!



Werner Salzmann
Ständerat, Chefexperte
Landwirtschaft, Mülchi (BE)

Horrende Kosten – trotz abgelehntem Asylgesuch!

Jedes Jahr wandern Zehntausende Asylmigranten aus sicheren Drittländern in unser Land ein und bleiben hier, selbst wenn ihr Asylgesuch abgelehnt wird. Für die Schweizer Steuerzahler ist das richtig teuer.

Kein Einzelfall!



Benjamin Fischer
Nationalrat, Mitglied der Staatspolitischen Kommission, Oberweningen (ZH)

kannt ist dank der Offenlegung des Gemeindepräsidenten Alois Gunzenreiner (54, Die Mitte), was die anderen sechs Familienmitglieder in Wattwil (SG) pro Jahr an Kosten für die Steuerzahler verursachen.

Doch das ist noch nicht alles. Das Paar will sich trennen – was offenbar massive Probleme verursacht. Deshalb müssen die Steuerzahler auch für die folgenden Massnahmen aufkommen:

- Eheschutzmassnahmen
- unentgeltliche Rechtspflege für jedes Elternteil
- Psychologische und psychiatrische Abklärungen
- Sozialpädagogischer Dienst
- Erziehungsberatung
- Begleitete Besuche



Die 7-köpfige Familie lebte in der Türkei, bevor sie sich 2023 via Balkanroute in die Schweiz aufmachte. Seither kommen die Schweizer Steuerzahler für die sieben Personen auf. Das Asylgesuch des Mannes wurde 2025 abgelehnt – er bleibt als «vorläufig Aufgenommener» trotzdem hier.

Das Gesuch der Frau wurde 2024 positiv entschieden – die Familie lebt in Wattwil (SG). Das älteste der Kinder ist mündig und in einem Integrationszentrum untergebracht – diese Kosten sind unbekannt. Be-

Kosten einer sechsköpfigen Asylantenfamilie in Wattwil (SG) pro Jahr:	
Sozialhilfe	Fr. 46'500
Wohnkosten	Fr. 24'000
Krankenkasse	Fr. 14'500
Diverses	Fr. 5'000
Sozialpädagogische Familienbegleitung	Fr. 63'000
Fremdplatzierung eines Kindes (Fr. 700 pro Tag)	Fr. 255'500
TOTAL Kosten 1 Asyl-Familie	Fr. 408'500

Massnahmen, die in der Regel die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) anordnet – damit erfahren die Bürger von Wattwil (SG) nicht, was sie alles noch zusätzlich bezahlen. Mit der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» setzen wir am 14. Juni ein Zeichen gegen diesen Asyl-Irrsinn!

Urs Mühle, Sozialarbeiter und Mediator

« Es läuft aus dem Ruder. Familien mit Sozialhilfe sind heute oft besser situiert als wirtschaftlich unabhängige Familien mit tiefen Löhnen. [...] Der Sozialstaat hat Aufgaben übernommen, die früher Sache der Familie waren. Heute sind wir an einem Punkt, an dem wir nicht noch weiter gehen sollten. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund, die etwa 60 Prozent aller Sozialhilfebezüger ausmachen, haben oft starke familiäre Netzwerke. Statt sie zu nutzen, tun wir alles, um sie ihnen abzutrainieren. »

Quelle: NZZ, 11. Februar 2025

« Auch nach sieben Jahren ist die Hälfte der Zuwanderer mit Flüchtlingsstatus immer noch ohne Arbeitstätigkeit.



Diana Gutjahr
Nationalrätin und Unternehmerin, Amriswil (TG)

80 von 100 beziehen Sozialhilfe. Wir als Schweiz sind zu grosszügig, fördern viel – aber fordern zu wenig. »

Die Schweiz wird immer unsicherer

Jedes Jahr kommen Zehntausende Asylmigranten in unser Land. Vor allem Afghanen, Eritreer, Syrer, Somalier, Algerier. Alles Nationalitäten, die überdurchschnittlich oft kriminell sind. Den Preis zahlt die Schweizer Bevölkerung – doppelt und dreifach!



Pascal Schmid

Nationalrat, Rechtsanwalt, ehemaliger Bezirksgerichts-Präsident, Weinfelden (TG)

...neller geworden! Jede vierte Straftat geht aufs Konto von Asylmigranten und Illegalen! Wir haben jedes Jahr Tausende von Opfern, die es ohne Massen-Asylmigration nicht geben würde. Wer hätte gedacht, dass wir einmal im eigenen Land vor «Schutzsuchenden» Schutz suchen müssen?

Die Kriminalstatistik zeigt: Die Schweiz ist seit 2019 um 30 Prozent krimineller geworden. Die Schweizer Bevölkerung zahlt für diese Willkommens-Asylpolitik mit

Kostenbeispiel: Drohung und Körperverletzung mit einem Messer durch einen Asylmigranten aus Somalia

• Polizeikosten:	ca. Fr. 2'000
• Kosten Gerichtsmedizin:	ca. Fr. 5'000
• Kosten Staatsanwaltschaft:	ca. Fr. 12'000
• Kosten Gerichte:	ca. Fr. 25'000
• Übersetzungskosten:	Fr. 3'000
• Verteidigung:	ca. Fr. 30'000
• Psychiatrisches Gutachten	ca. Fr. 10'000
Macht für den Steuerzahler Fr. 87'000	

Neue Normalität?

04.04.2026, Zürich (ZH)
1 Kongolese und 2 Franzosen brechen in Autogarage ein.
 Quelle: Stadtpolizei Zürich, 07.04.2026

07.04.2026, Biel (BE)
Illegaler Migrant flüchtet mit gestohlenem E-Scooter vor der Polizei.
 Quelle: Kantonspolizei Bern, 08.04.2026

11.04.2026, Suhr (AG)
Illegaler Algerier bricht nachts mit Stein in bewohntes Einfamilienhaus ein.
 Quelle: Kantonspolizei Aargau, 11.04.2026

11.04.2026, Basel-Stadt (BS)
Dreiste Marokkanerin versucht, 79-jährige Rentnerin zu überfallen – nur dank Passanten lässt sie vom Opfer ab.
 Quelle: Staatsanwaltschaft, 12.04.2026

11.04.2026, St.Gallen (SG)
Schlägerei auf dem Marktplatz zwischen 2 Migranten – Eritreer zieht einem Deutschen 2 Glasflaschen über den Kopf.
 Quelle: Toggenburg24, 13.04.2026

ihrer Sicherheit. Aber auch in Franken: Allein der Bund gibt mittlerweile 4 Milliarden aus für den Asylbereich – das sind über 1'700 Steuerfranken für einen 4-Personen-Haushalt. Hinzu kommen die Kosten für Polizei, Strafverfolgung und Justizvollzug. Ein Gefängnisplatz kostet 300-400 Franken am Tag.

«Wir haben ein Problem mit importierter Kriminalität»

2025 wurden in der Schweiz 554'963 Straftaten begangen. Schwere Gewalttaten nahmen erneut zu. Mehr als die Hälfte der Straftaten wurden von Ausländern begangen. Für den forensischen Psychiater Frank Urbaniok ist dies inakzeptabel.

Herr Urbaniok, haben wir ein Problem mit importierter Kriminalität?

Frank Urbaniok: Das haben wir ganz eindeutig, wer die Augen aufmacht, weiss es. Leider wird das von Teilen der Politik und der Medien tabuisiert.

Gemäss Ihrem Buch «Schattenseiten der Migration» sind bei Tötungsdelikten, Vergewaltigungen und Raubüberfällen Täter aus

bestimmten Nationen übervertreten. Welche und warum?

Bestimmte Länder aus dem Balkan, aus Osteuropa, aus Afrika und aus dem arabischen Raum. Die Hauptgründe sind kulturelle Prägungen. Eigentlich sind die Gründe egal – es ist inakzeptabel, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen 3-mal, 4-mal, 10-mal oder noch mehr Opfer verursachen.

72 % der Gefängnisinsassen haben keinen Schweizer Pass – laut Ihrem Buch sind aber auch die Verurteilten mit Schweizer Pass ein Problem.

So ist es. Auch Personen mit Schweizer Pass und Migrationshintergrund aus den problematischen Ländern sind bei Straftaten überrepräsentiert.

Was ist zu tun? Es braucht dringend eine

Migrationswende. Dazu schlage ich in meinem Buch 17 Massnahmen vor, da man an vielen Punkten gleichzeitig ansetzen muss.



Prof. Dr. Frank Urbaniok
Forensischer Psychiater

Wir bauen und bauen ... trotzdem werden die Wohnungen immer teurer.

Die Mieten werden immer teurer. Zentrale Lagen sind kaum bezahlbar. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer können sich kein Wohneigentum mehr leisten – obwohl viel mehr gebaut wird. Für die Wohnungsknappheit ist die massive Zuwanderung verantwortlich.



Thomas Matter
Nationalrat und
Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Fakten:

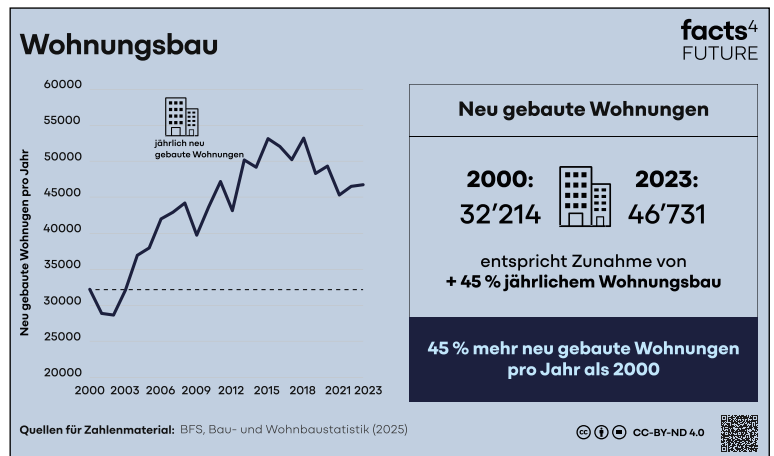
Im Jahr 2001 wurden 28'873 Wohnungen neu gebaut. Im Jahr 2023 wurden 46'731 Wohnungen neu gebaut. Zuwanderer bauen für Zuwanderer, die wieder ihre Familien und diverse Verwandten in die Schweiz holen. Sogar Schwiegereltern dürfen kommen! Wir kommen nicht mehr hinterher mit Bauen.

Die steigenden Mietpreise sind ein grosses Thema

für die Menschen in der Schweiz. Zwischen 2009 und 2023 sind die Mieten schweizweit um 20 Prozent gestiegen. In den Regionen Waadt, Genf, Zürich sogar um fast 30 Prozent.

Warum? Weil die massive Zuwanderung sowie die hohen Löhne für ausländische Expats die Mieten und Kaufpreise für Wohneigentum in die Höhe treiben.

Jedes Jahr kommen zusätzlich rund 30'000 Asylanten aus der ganzen Welt in die Schweiz. Die grosse Mehrheit – über 80 Prozent – lebt von unserem Sozialstaat. Die Gemeinden müssen Wohnungen mieten: Sogar für Asylanten mit abgelehntem Asylgesuch, die einfach hier bleiben. Wir zahlen.



Der Wohnungsbau kann die Massenzuwanderung nicht bewältigen: Obwohl immer mehr Wohnungen gebaut werden, steigen die Mieten. Darunter leiden vor allem Schweizer Familien mit tiefen und mittleren Einkommen sowie Senioren. Das ist unsozial und ungerecht.

So kann es nicht weitergehen

Immer weniger Bürgerinnen und Bürger können sich die Mieten in der Schweiz leisten. Das muss aufhören.

Darum JA zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

Leerkündigungen in Arbon TG – Wohnungen wurden vor zehn Jahren komplett saniert

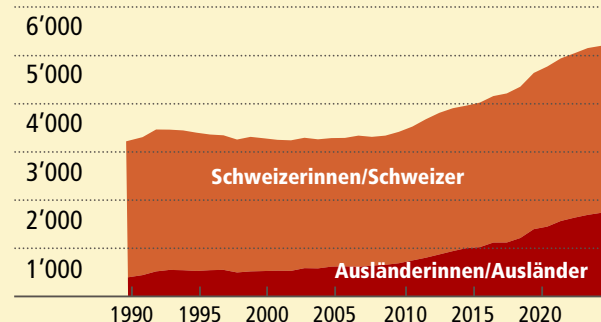
«Als ich den Brief öffnete, war ich geschockt»



Quelle: Blick, 16. April 2026

Pieterlen: Grösstes Bevölkerungswachstum im Kanton Bern

Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung in Pieterlen



FDP-Gemeindepräsident Beat Rüfli

ist wie die meisten nicht grundsätzlich gegen die Zuwanderung. «Aber die Menge und die Geschwindigkeit überfordern uns. Es ist wie beim Essen: Zu schnell zu viel ist schlecht verdaubar», sagt Rüfli. «Wir haben eine kritische Grösse erreicht.» Deshalb unterstützt er die Initiative gegen die 10-Millionen Schweiz.

Quelle: Berner Zeitung vom 1.12.2025

«Wir müssen wieder selber Fachkräfte ausbilden»

In der Schweiz bilden wir falsch aus, an den Bedürfnissen des Marktes vorbei. Pflegepersonal und Handwerker werden dringend gebraucht, während immer mehr Uni-Abgänger arbeitslos sind.



Manuel Strupler
Gartenbauunternehmer,
Landwirt und Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Wir pumpen extrem viel Geld in gewisse Studien an den Universitäten, aber deren Abgänger finden keinen Job. Das haben auch Vertreter anderer Parteien realisiert. Etwa alt SP-Nationalrat, Ökonom und ehemaliger Preisüberwacher Rudolf Strahm. Er sagte in der NZZ:

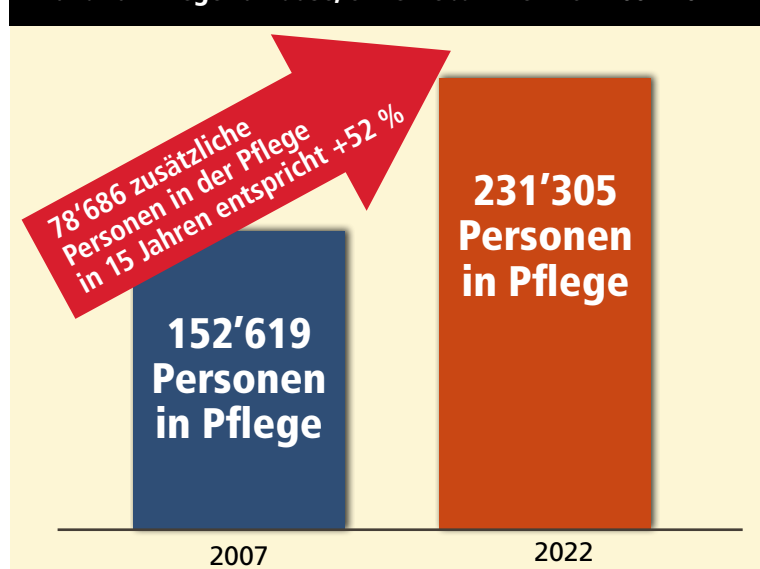
«Die Personenfreizügigkeit ist auch eine Ursache des Fachkräftemangels, zum Beispiel im Gesund-

heitswesen: Die steigende Nachfrage haben wir jahrelang mit Ärzten und Pflegerinnen aus dem Ausland aufgefüllt und bei uns die teure Ausbildung gespart. 3000 junge Maturanden, die jedes Jahr gerne Medizin studieren wollten, wurden wegen des Numerus clausus nicht zum Medizinstudium zugelassen. Tausende, vor allem junge Frauen, wurden nicht zu Fachangestellten Gesundheit ausgebildet, weil die Rekrutierung im Ausland für die Spitäler einfacher war. Obschon das Interesse da wäre. Selbst niederschwellige Angebote wurden bekämpft.» Für unsere Zukunft müssen wir Praktiker ausbilden, die wissen, wie

man eine Schaufel hält oder ein Dach deckt. Und mit unserer Initiative geht die Zuwanderung auch nicht auf null zurück. Netto können bis 2050 immer noch

fast eine Million Personen kommen. Wenn das jene Fachkräfte sind, welche die Wirtschaft wirklich braucht, haben wir kein Problem.

Zunahme Pflegepersonal in Krankenhäusern, Pflegeheimen und für Pflege zu Hause, ohne Hebammen von 2007-2022



Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitswesen.assetdetail.28625262.html>

Schülerinnen und Schüler leiden unter Zuwanderung

In immer mehr Schulklassen sind fremdsprachige Schülerinnen und Schüler die Mehrheit. Integration und qualitativ guter Unterricht sind so kaum möglich. Das Bildungsniveau sinkt.

Studien belegen: Ab einem Anteil von 30 % fremdsprachiger Kinder ist ein qualitativ guter Schulunterricht kaum mehr möglich. An immer mehr Schweizer Schulen ist das die Realität.

Der Grund: die masslose Zuwanderung. Bereits hat fast die Hälfte aller 15-Jährigen in der Schweiz einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Aktuell kommen 45 Prozent aller Zür-

cher Schüler aus Familien, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Und das ist der kantonale Durchschnitt. In den Städten und Agglo-Gemeinden ist der Anteil fremdsprachiger Kinder noch viel höher. Wie soll hier noch Integration gelingen? **Die Schulen sind mit dieser Zuwanderung komplett überfordert.** Darunter leiden alle Schülerinnen und Schüler.

Das Resultat: ein Viertel der Schweizer Schul-

abgänger kann nach 9 Schuljahren nicht richtig lesen (PISA-Studie 2022)!

Hinzu kommt: Der hohe Migrationsanteil führt zu immer mehr Betreuungsaufwand, kleineren Klassen, mehr Personal und damit exorbitanten Kosten. Und unsere christlichen Traditionen kommen unter die Räder. So wird beispielsweise Weihnachten aus Rücksicht auf die Muslime in vielen Schulen nicht mehr gefeiert.

Deshalb braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».



Katja Riem
Winzerin und Nationalrätin,
Kirchdorf (BE)

« Die Personenfreizügigkeit bringt uns ein zu hohes Bevölkerungswachstum. Dieses verknüpft und verteuert Wohnraum, Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungsleistungen, Umweltgüter, etc., und senkt so Wohlstand und Lebensqualität der Bürger. Deshalb muss die Schweiz die Zuwanderung selbst klug steuern. »



Reiner Eichenberger
Professor für Wirtschaftspolitik,
parteilos

« Der EU-Unterwerfungsvertrag weitet die Zuwanderung nochmals massiv aus! 690'000 Ausländer erhalten auf einen Schlag das Daueraufenthaltsrecht und danach jedes Jahr rund 70'000 mehr. Sie bleiben für immer in der Schweiz – auch wenn sie nie mehr arbeiten, Sozialhilfe beziehen und sogar, wenn sie kriminell werden. »



Magdalena Martullo-Blocher
Nationalrätin, Unternehmerin

Volksinitiative Keine 10-Millionen-Schweiz Nachhaltigkeits-Initiative

JA

Eidgenössische Abstimmung, 14. Juni 2026



JETZT MITMACHEN

Hier können Sie Fahnen, Kleber, Plakate zur Unterstützung unseres Abstimmungskampfes bestellen

Einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Handy scannen.



Ich bezahle und lasse den **Flyer** direkt per Post in von mir ausgewählten Gemeinden verteilen über das **Online-Versandtool**: www.flyer-ueberall.ch/nachhaltigkeitsinitiative/sponsern-d

Einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Handy scannen.



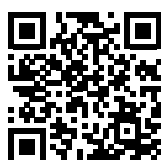
Ich unterstütze die Kampagne zur **Nachhaltigkeits-Initiative** mit einer Spende.

Einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Handy scannen.



Plakat B1 «Agglo Land»

Helfen Sie JETZT mit, damit unsere Schweiz Schweiz bleibt!



Für Fragen und Anliegen:
info@nachhaltigkeitsinitiative.ch

nachhaltigkeitsinitiative.ch

